

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

9.1.1928 (No. 7)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Aufstellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

für die Zeit vom 28. Dezember 1927 bis 4. Januar 1928
(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung)

Die Arbeitslosigkeit hat, im wesentlichen in den sogenannten Außenberufen, wiederum zugenommen. So stieg die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 25 929 am 28. Dezember auf 31 600 am 4. Januar, diejenige der Krisenunterstützungsempfänger von 7531 auf 7906.

In der Industrie der Steine und Erden sind sowohl Betriebe der Steinhauerei als auch der Ziegelei zu Entlassungen geschritten.

Innerhalb der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie veränderte sich die seitiger Entwicklung wenig. Soweit Zugänge zur Arbeitslosenunterstützung verzeichnet werden mußten, waren sie vornehmlich, wenn auch keineswegs ausschließlich, mittelbar durch die Verringerung des Beschäftigungsgrades im Baugewerbe verursacht. Die Industrie der landwirtschaftlichen Maschinen zeigte erhöhten Kräftebedarf, in der Forstzweiger Schmutzwarenindustrie war er unbedeutend bei im übrigen guter Beschäftigungslage.

Im Spinnstoffgewerbe befriedigte der weitere Gang der Entwicklung im ganzen genommen. Aus einem Betrieb der Seidenbandindustrie entlassene weibliche Kräfte konnten alsbald einem anderen Betriebe der Seidenweberei zugeführt werden.

In der Papierindustrie vermochte eine durch Betriebsstilllegung bewirkte Entlassung von Arbeiterinnen und Kartonnagearbeiterinnen den im ganzen guten Arbeitsmarkt in dieser Gruppe nicht zu beeinträchtigen.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hingegen hat die Neigung zur Verschlechterung der Arbeitsmarktlage angehalten. Einige kleinere Sägewerke haben ihre Betriebe geschlossen.

Auch im Wahrungsmittelgewerbe machte sich jetzt, nach den Feiertagen, die eine vorübergehende Erhöhung der Nachfrage nach Hilfskräften bedingt hatten, eine Steigerung der Arbeitslosigkeit fühlbar. Sinegen hielt sich der gute Geschäftsgang innerhalb der Genussmittelindustrie sowohl bei der Zigarren- wie bei der Zigarettenfabrikation.

Verringert hat sich der Beschäftigungsgrad im Bekleidungs- und Schuhgewerbe, vornehmlich in der Damen- (Nah-) Schneiderei.

Stärker ist er im Baugewerbe gesunken.

Im Gastwirts- und insbesondere im Musikergewerbe war die Nachfrage infolge der Weihnachtsfeiern lebhafter als bisher gewesen.

Eine Rede des Reichsarbeitsministers

In einer Zent rumsversammlung in Ravensburg sprach Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Eingangs streifte der Redner das Nachlassen des politischen Interesses und des politischen Eifers. Es liege einmal an unserem Wahlssystem, das zu große Wahlkreise geschaffen habe und an das Verhältniswahlrecht gebunden sei. Dadurch habe die Wählerkraft mit dem Abgeordneten als die Partei. Es liege noch daran, daß die eigentlichen Hauptwahlen keine Neuwahlen seien, sondern daß ein erledigter Abgeordneterposten durch Aufrücken des auf der vor Jahren gewählten Liste nächststehenden Abgeordneten wieder besetzt werde. Für die Zukunft und besonders für eine demokratische Verfassung müßte dieses Wahlsystem reformiert werden.

Die politische Lage der Gegenwart sei äußerst schwer. Das Reparationsproblem trete erneut in den Vordergrund. Hierin liege die schwierigste außenpolitische Lage Deutschlands. Wir müßten darnach streben, daß wir in Mitteleuropa durch Verständigung der Staaten zur Wegräumung der vielen, durch den Versailler Vertrag errichteten Schranken kämen. Zur wirtschaftlichen Lage übergehend, sagte der Minister: Wir seien noch nicht über den Berg und das wesentliche dabei sei, daß wir alles, was wir erreichen, mit fremdem Gelde erreichen hätten. Das bedeute, daß wir viel Zinsen zahlen müßten, daß wir alle sparsamer leben und daß die Unternehmerrgewinne geringer sein müßten. Zum Schluß sprach Dr. Brauns noch der Verwaltungsreform das Wort. Nicht durch Schlagworte sei diese Frage zu lösen, man wolle nicht aus dem ganzen Reiche eine Regierung aller in Berlin machen, man wolle aber auch keine neue Mainlinie, sondern den wirklich nationalen Staat.

Geheimrat Prof. Dr. Wiedemann †. Geheimrat Prof. Dr. Wiedemann, der berühmte Erlanger Physiker und langjährige Leiter des Physikalischen Institutes ist im Alter von 76 Jahren plötzlich gestorben.

Letzte Nachrichten

Die russischen Vorkriegsschulden

M. Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.). Der Vorsitzende der französisch-russischen Schuldenkommission, der französische Senator de Monzie hat — wie aus Paris berichtet wird — gestern Erklärungen über den Stand der Verhandlungen abgegeben. Danach stehen sich noch zwei Theesen gegenüber. Die Russen sagen: Gebt uns Kredit, und wir bezahlen unsere Vorkriegsschulden. Frankreich lehnt einen solchen Zusammenhang ab, obwohl es zu einer Erörterung darüber bereit ist. Die Jahresleistungen, die von den Russen verlangt werden, betragen 60 Millionen Goldfranken. De Monzie selbst tritt sehr entschieden für eine Verkündung auf dieser Basis ein.

Die amerikanische Befreiungsanleihe

M. Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.). Staatssekretär Mellon gibt — wie aus New York gemeldet wird — bekannt, daß die amerikanische dritte „Befreiungsanleihe“ durch 3½prozentige Staatsanleihe abgelöst werden soll, die in knapp 5 Jahren amortisiert werden. Es handelt sich dabei um eine Verabfolgung der Zinsen.

Erhöhung der atlantischen Passagierpreise

M. Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.). In der Nordatlantisch-Konferenz ist eine völlige Einigung erzielt worden. Die Passagierpreise werden erhöht. Die Leitung der Verhandlungen hatte zum erstenmal wieder ein Deutscher, nämlich Direktor Stadländer vom Norddeutschen Lloyd.

Friedenshoffnungen in Peking

W.W. London, 9. Jan. (Tel.). Times berichtet aus Peking: Der Premierminister erklärte gegenüber der chinesischen Presse, wahrscheinlich werde bald der Frieden zwischen dem Norden und dem Süden erklärt werden. Beide Seiten hätten einen Waffenstillstand vereinbart als Vorstufe zu einer Erörterung politischer Fragen. Andererseits hat jedoch Chiang Kai-shek, der den Oberbefehl über die nationalchinesischen Streitkräfte wieder übernommen hat, der „Times“ zufolge erklärt, sein einziges Ziel sei die Befreiung des Nordens gegen den Norden. Nach Beendigung dieses Feldzuges werde er sich zurückziehen.

Albert Thomas über deutsch-französische Fragen

Der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, hielt in Bordeaux eine Rede, in der er nach dem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen in vielen Ländern Europas und Amerika ausführte, gute Beobachter seien der Ansicht, daß die Sache der Republik und des Friedens gewonnen werden könne; aber die Schlacht dauere an. Nach dem Dawesplan und nach Locarno habe Deutschland auf die Befreiung des linken Rheinuferes gehofft. 1935 würde die Befreiung zur Pflicht werden und zwar ohne Nutzen und ohne Gegenleistung. Eine weitere zwischen Deutschland und Frankreich schwebende heikle Frage sei die der Reparationen. Die Ziffer von 132 Milliarden bliebe bezüglich der Betrag des Guthabens bei Deutschland. Es gebe jedoch keinen Frägnann, der der Ansicht sei, daß diese Zahlung geleistet werden könne. Es sei wichtig, daß man schon jetzt im Hinblick auf die Orientierung der französischen Politik der Warnung des Generalagenten für die Reparationszahlungen Rechnung trage. Sobald neue technische Schwierigkeiten hinsichtlich der Reparationen auftraten, würde auch das ganze Problem der internationalen Schulden und der Beziehungen zu Amerika von neuem aufgeworfen werden.

Einfälle der Wahabiten in das Tratzgebiet

W.W. London, 9. Jan. (Tel.). Der Korrespondent der „Morning Post“ in Bagdad berichtet von vier neuen Angriffen der Wahabiten gegen das Tratzgebiet. Die Vorbereitungen zu Strafmaßnahmen seitens der Tratztruppen, die mit britischen Luftstreitkräften und anderen britischen Einheiten zusammenwirken, gehen weiter. Alle innerhalb eines Reiches von vier Tagesmärschen von der Grenze entfernt wohnenden Stämme sollen mit Bomben beworfen werden. Der Korrespondent gibt zu, die letzten nicht herausgeforderten Angriffe machten einen Krieg unvermeidlich, aber die Kriegsaussichten seien beunruhigend, weil die Offensive die Wüstenstämme dazu veranlassen könnte, sich miteinander gegen den Irak zu verbinden und weil der Wahabitenkönig Ibn Saud möglicherweise sich gezwungen sähe, sich auf die Seite der Stämme zu stellen, um seine Position zu wahren.

Schärferer Ton bei der Besatzung?

Einer Korrespondenzmeldung aus Worms zufolge, ist vor einiger Zeit von der Armeeführung der Besatzung an die einzelnen Truppenteile eine Verfügung ergangen, in der gefordert wird, daß das Verhältnis zwischen Besatzung und Zivilbevölkerung militärisch strenger gehalten werden müsse. Alle Vertraulichkeiten und Nachsichtigkeiten hätten zu unterbleiben und das Prestige der Besatzung müsse im äußeren Verhalten der Offiziere deutlich genahrt werden. Vor allem wird beanstandet, daß der Geist der Truppen durch den freundschaftlichen Verkehr mit der Zivilbevölkerung gelitten habe, und gefordert, daß eine größere Distanz einzunehmen sei. Man wird sich also auf neue Zwischenfälle in verstärkter Maße gefaßt machen müssen, wenn tatsächlich eine derartige Verfügung ergangen ist.)

Vom Geld-, Bank- u. Börsenwesen in Baden

B. A. Die ältesten Geldinstitute in Baden sind die Sparkassen, die anfänglich als Waisenkassen gegründet wurden. Wie aus einer Untersuchung von Dr. Viktor Homburger hervorgeht, war es Fürstbischof Martin II. in St. Blasien der im Jahre 1765 in Bonndorf eine Spar- und Waisenkasse gründete. 20 Jahre später wurde auch in Heiligenberg eine Spar- und Waisenkasse errichtet; im Jahr 1816 fällt die Gründung einer Ersparnisbank durch die Stadtverwaltung Karlsruhe. Die Anfänge des Bankwesens in Baden lassen sich in das 1. Viertel des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen. Das älteste, heute noch bestehende Bankhaus ist das Bankhaus J. A. Krebs in Freiburg i. Br., das im Jahre 1721 als Handelsgeschäft gegründet worden ist. In das Jahr 1785 fällt die Entstehung des Bankhauses W. S. Badenburger & Söhne, in das Jahr 1792 die des Bankhauses Hohenemser & Söhne in Mannheim. Beide Firmen haben lange Zeit im Wirtschaftsleben des Mannheimer Platzes und darüber hinaus eine angesehene Stellung eingenommen und sich durch großzügige Handhabung des Bankkredits große Verdienste um die Förderung von Handel und Industrie erworben, bis sie im Laufe der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts in neuzeitliche, größere Bankinstitute aufgingen. Von älteren Bankinstituten in Karlsruhe sind der Hofbankier Haber, David Seligmann, Salvini und andere, von Freiburger Geldinstituten — neben Krebs — die Gebrüder Kapferer und Gebrüder Mez zu erwähnen; in Pforzheim betrieben die Kolonialwarenhandlung Schent und die Weinhandlung Homburger in größerem Umfang auch Bankgeschäfte. Als gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts die erstarkende Industrie und der aufblühende Handel angingen, alle verfügbaren Kapitalien immer mehr an sich zu ziehen und der gewerbliche Mittelstand in große Kreditnot geriet, wurde eine Reihe von gewerblichen Mittelstandsbanken, zunächst in Form von K.-G., ins Leben gerufen. Die erste derartige Bank war die im Jahre 1847 gegründete Mannheimer Handwerkerbank, die dann später (1860) in die auf genossenschaftlicher Grundlage beruhende Mannheimer Darlehenskasse umgewandelt wurde. In der Folge ist der Klein- und Mittelstand durch die Gründung von Kreditvereinen hauptsächlich durch Kreditgenossenschaften gepflegt worden. Die erste gewerbliche Genossenschaft des Landes — nach dem System von Schulze-Delitzsch — war das in Karlsruhe-Mühlburg im Jahre 1861 gegründete Kreditinstitut. Ihm folgte wenige Jahre später die Vereinsbank Karlsruhe. Bedeutend für das badische Bankwesen wurden die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts; in diesem Zeitraum entstanden die Badische Bank, die Rheinische Kreditbank, die Rheinische Hypothekbank, alle in Mannheim; das Bankhaus Straus & Co. in Karlsruhe sowie der Pforzheimer Bankverein Kapfer, Beder & Co. Auch kamen in dieser Zeit die ersten ländlichen Kreditgenossenschaften nach dem System Raiffeisen auf. Einen weiteren Aufschwung erhielt das badische Bankwesen zu Anfang des neuen Jahrhunderts, einmal durch Gründung der Süddeutschen Diskontogesellschaft, durch Errichtung von Filialen Berliner Großbanken (z. B. der Dresdener Bank, der Darmstädter und Nationalbank usw.) sowie durch Gründung von Fachbanken (z. B. der Badischen Landwirtschaftsbank, der Badischen Bauern-Bank usw.). Besonders groß war die Zahl von Bankgründungen in der Inflationszeit, von denen aber die meisten in den letzten Jahren wieder eingegangen sind.

Nach dem Ergebnis der 1927er Gewerbebeziehung gibt es heute in Baden 156 Sparkassen, 169 Kredit- und Effektenbanken, 1 Notenbank (Badische Bank in Mannheim und Karlsruhe), 1 Hypothekbank (Rheinische Hypothekbank in Mannheim), 21 Reichsbankfilialen, 51 Fachbanken sowie 736 landwirtschaftliche und 88 gewerbliche Kreditgenossenschaften. Beschäftigt waren in diesen Betrieben insgesamt rund 7000 Personen, von denen über die Hälfte (4500) in Kredit- und Effektenbanken beschäftigt waren. Bei der Mehrzahl der genannten Kreditinstitute bleibt die Zahl der beschäftigten Personen je unter 10; nur 95 beschäftigten 11 und mehr Personen, 8 sogar über 100. Zu den bedeutendsten Effektenbanken unseres Landes gehören die Süddeutsche Diskontogesellschaft, die Rheinische Kreditbank, die Darmstädter und Nationalbank, die Dresdener Bank, die Badische Girozentrale, die Commerz- und Privatbank, sowie die beiden Privatbanken in Karlsruhe: Veit & Homburger und Straus & Co. Von den obenerwähnten 169 Kredit- und Effektenbanken tragen 105 (d. h. 62 Proz. aller Bankbetriebe) die Rechtsform einer Filiale.

Die Zahl der in Baden bestehenden Wärsen beträgt 8; es handelt sich dabei einmal um die im Jahre 1884 gegründete

